

03.2017

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	22
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Umweltbildungspersonal	

„Wissen, was in der Verbändeszene und auf politischer Ebene zu Umweltaspekten läuft? Umwelt aktuell liefert Termine, Hintergründe und Expertise. Seit zehn Jahren zuverlässig. Danke!“

Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, Leser seit 2007

THEMEN DES MONATS

Europapolitik

Gemeinsam einig – oder nicht?

Im März vor 60 Jahren wurde die Europäische Gemeinschaft gegründet

Seite 2

Internationaler Artenschutz

BeGRENZte Vielfalt

Neue und alte Zäune halten nicht nur Flüchtlinge auf, sondern zerschneiden auch ökologische Lebensräume

Seite 4

Urbane Mobilität

Wo die Räder stillstehen

Die Neuregelung der Stellplatzsatzung ist ein Hebel für mehr Fahrradparkplätze in der Stadt

Seite 6

Interview: Regine Günther über Umweltpolitik in der Hauptstadt

Berlin als grüne Stadt erhalten

Der Kampf gegen den Klimawandel ist der Umweltsenatorin von Berlin eine Herzensangelegenheit

Seite 25

Europapolitik

Gemeinsam einig – oder nicht?

Im März vor 60 Jahren wurde die Europäische Gemeinschaft gegründet

Sechs Jahrzehnte Integrationspolitik mit allen Höhen und Tiefen liegen hinter Europa. Es gibt noch viel zu tun, doch angesichts des 60-jährigen Jubiläums lohnt es sich, innezuhalten und Erfolge zu benennen. Umwelt- und Klimaschutz gehören dazu. Die EU war immer dann stark, wenn sie geschlossen auftrat. Eine neue Vision für Europa muss die Leistungen der Zivilgesellschaft anerkennen und Wege der Beteiligung öffnen. ■ VON JO LEINEN, MdEP

Die Geschichte der europäischen Integration ist durch Phasen der Stagnation wie auch Phasen der rasanten Weiterentwicklung geprägt. Das 60. Jubiläum der Römischen Verträge im März 2017 fällt in eine Zeit, in der die Europäische Union eine Vertrauenskrise erlebt. Flüchtlingszustrom, wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, Sicherheitsbedenken, der drohende Brexit und wachsender Nationalismus erschüttern das politische Gefüge und verunsichern Europas Bürgerinnen und Bürger. 60 Jahre nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft sollte sich dennoch die Gelegenheit bieten, die Verdienste und die Vorteile dieses einmaligen Projektes zu würdigen. Eine der europäischen Erfolgsgeschichten ist der Umwelt- und Klimaschutz, der in den vergangenen sechs Jahrzehnten gemeinsam vorangebracht wurde.

Umweltpolitik: Zug um Zug auf die europäische Agenda

Auf EU-Ebene gibt es mittlerweile über 280 Gesetzesakte im Umweltbereich. Diese hohe Zahl hängt einerseits mit der Geschichte der europäischen Umweltpolitik zusammen, die bereits in den 1970ern und damit vor der formalen Absicherung in den Europaverträgen begann, und andererseits damit, dass Umwelt wie kaum ein anderes Thema grenzüberschreitend wirkt und daher auch geregelt werden sollte. Luft, Wasser und Boden machen eben nicht an den Landesgrenzen halt. Deshalb ist es sinnvoll, einheitliche Mindeststandards und Verfahren auf europäischer Ebene zu schaffen. Die heutige EU-Gesetzgebung zum Schutz der Gewässer und Böden, zur

Erhaltung der Pflanzen- und Artenvielfalt oder zur Begrenzung von Luftschadstoffen entwickelte sich Zug um Zug.

Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1957 stand die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vordergrund. Andere Politikfelder kamen erst später dazu. Mit jeder Vertragsänderung erweiterte sich das Tätigkeitsfeld der Europäischen Union. Größer werdende Sorgen über die Umweltverschmutzung, sauren Regen und den Verlust von Biodiversität brachten das Thema auf die europäische Tagesordnung. Die ersten Vorstöße im Abfallrecht in den 1970er-Jahren hatten die Regulierung des gemeinsamen Binnenmarkts als Grundlage. Im Jahr 1972 einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, ein erstes europäisches Umweltaktionsprogramm zu entwerfen. Mit der Vogelschutzrichtlinie wurde fünf Jahre später ein wichtiger Grundstein des europäischen Umweltschutzes gelegt. In den 1990ern etablierten sich Natur- und Umweltschutz auf der europäischen Agenda. So entstand 1994 mit der Europäischen Umweltagentur eine gesonderte Stelle, die die Kommission mit Expertise unterstützt. Mit dem Maastrichter Vertrag hielt das Prinzip der Nachhaltigkeit Einzug in das Vertragswerk.

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes konnte auch dazu beitragen, umweltpolitische Prinzipien im EU-Recht zu verankern. Mit Urteilen über private und öffentliche Bauprojekte wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung etabliert. Umweltpolitik ist auch Querschnittsaufgabe und beeinflusst andere Politikbereiche wie Regelungen der Agrarpolitik oder der Industriepolitik.

Ein gutes Beispiel dafür sind europäische Abgasnormen für Kraftfahrzeuge, die Luftverschmutzung eindämmen sollen und von den Autoherstellern in der Entwicklung und Produktion von Fahrzeugen berücksichtigt werden müssen. Andere Auflagen entstehen für Unternehmen durch die Chemikalienregulierung der EU. Bei der Zulassung neuer Produkte muss bereits seit 1979 geprüft werden, ob negative Umweltfolgen zu erwarten sind.

Auch für die Zukunft zeichnet sich ein klares Bild ab: Europa muss sich zu einer kohlenstoffarmen und dann kohlenstofffreien Gesellschaft entwickeln. Die begonnene Energiewende muss konsequent weitergeführt und im Wärmebereich sowie im Verkehrssektor vorangebracht werden. Europa muss aber auch eine Materialwende einläuten, um den Ressourcenverbrauch zu drosseln und der weltweiten Begrenzung von Rohstoffen Rechnung zu tragen. Die im Jahr 2015 auf internationaler Ebene angenommenen Ziele zur nachhaltigen Entwicklung als auch das Pariser Klimaabkommen sind die Grundlage für die EU-Politik.

Klimaschutz nach europäischem Vorbild trägt zur Identifikation mit Europa bei

Neben der Umweltpolitik nahm in den 1990er-Jahren die europäische Klima- und Energiepolitik Fahrt auf. In den vergangenen Jahrzehnten gelang es in Europa, eine Transformation von der emissionsintensiven zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft anzustoßen. Im Jahr 2014 lagen die Treibhausgasemissionen 24 Prozent unter denen von 1990. Das ist vor allem klima- und energiepolitischen Ins-

trumenten zu verdanken. Bereits heutzutage machen erneuerbare Energiequellen ein Viertel der Primärenergieerzeugung in Europa aus. Der Energieverbrauch sank außerdem um 6,35 Prozent zwischen 2000 und 2014. Diese positive Entwicklung bei gleichbleibender oder sogar wachsender Wirtschaft ist ein klares Signal an andere Teile der Welt, dass Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand gehen können. Der 2005 in Europa eingeführte Emissionshandel zur Minderung von Treibhausgasemissionen ist weltweit ein Bezugspunkt. Ohne das Vorbild des EU-Instruments würde die Wirtschaftsmacht China nicht vor der Einführung eines eigenen Zertifikatesystems stehen. Die EU muss deshalb weiterhin ehrgeizige Ziele verfolgen und auch auf internationaler Ebene die Rolle des Klimaschutzpioniers einnehmen.

Im Kampf gegen den Klimawandel wird Europa in der Weltgemeinschaft oft als Vorreiter angesehen. Den im Jahr 1992 in Rio gestarteten UN-Prozess, der im 2015 in Paris in einem globalen Klimaabkommen gipfelte, prägten europäische Kräfte maßgeblich mit. Der Erfolg von Paris war auch ein Erfolg europäischer Geschlossenheit. Die Mitgliedstaaten gaben den europäischen Verhandlungsführern das Mandat, mit einer Stimme zu sprechen. Als Teil der High Ambition Coalition unterstützte die Europäische Union die Forderung kleinerer Inselstaaten nach einem ehrgeizigen Langfristziel und nach der finanziellen Verpflichtung der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern. Die EU konnte auch Brücken zu schwierigen Akteuren wie Indien und Saudi-Arabien bauen.

Gemeinsamkeit wieder großschreiben

Das Klimaabkommen hat sicherlich Schwächen. Hätten alle 28 EU-Staaten aber versucht, ihre eigenen Prioritäten durchzusetzen, wäre das Gewicht Europas in den Verhandlungen deutlich geringer gewesen. Dieses gemeinsame Auftreten muss eine Blaupause für andere Politikbereiche sein. Die Stimme Europas in internationalen, multilateralen Verhandlungen

ist eine Errungenschaft und hat die breite Unterstützung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. 60 Jahre nach den Römischen Verträgen brauchen wir eine neue europäische Vision, die Menschen für die europäische Integration begeistern kann. Die Herausforderung des Klimawandels ist für die jüngere Generation ein Anliegen. Europas Engagement in diesem Bereich kann dazu beitragen, dass sich diese Generation stärker mit dem europäischen Projekt identifiziert.

Europäische Umweltstandards erfolgreich verteidigen

Die europäischen Naturschutzinitiativen führen seit Jahrzehnten in ganz Europa zu Schutzmaßnahmen. 18 Prozent der Landfläche und sechs Prozent der Meeresfläche der EU sind als geschützte Gebiete ausgewiesen. Doch auch wenn sich die Qualität der europäischen Gewässer verbessert und Luftschadstoffgrenzen strenger werden, gibt es eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Im Jahr 2015 wurde mit dem Halbzeitbericht zur europäischen Biodiversitätsstrategie offensichtlich, dass die 2020-Ziele zur Erhaltung von Tier- und Pflanzenarten nicht erreicht werden. In der Europäischen Kommission hätten einige die europäischen Naturschutzrichtlinien am liebsten dem mangelnden Fortschritt angepasst, statt die Umsetzung der EU-Vorgaben in den Mitgliedstaaten durchzusetzen. Unter dem Vorwand der Entbürokratisierung drohten Verschlechterungen. Zwei Jahre lang hing das Damoklesschwert über dem europäischen Naturschutz. Im Dezember 2016 setzten sich die Naturschutzverbände und das Europaparlament mit ihrer Forderung durch, die Richtlinien nicht zu verwässern.

Die Zivilgesellschaft in Form von NGOs, Verbänden und Bürgerinitiativen spielt häufig eine entscheidende Rolle. Viele Themen werden durch sie erst auf die politische Agenda gesetzt oder Missstände aufgedeckt. Die Verschmutzung der Meere, die Verunreinigung des Grundwassers oder die Bedrohung von Tierarten sind Themen, die Menschen besonders umtreiben oder als besonders ungerecht

wahrgenommen werden. In den Niederlanden waren es Umweltaktivisten, die die Regierung mit einer Klage erfolgreich zu mehr Klimaschutz zwangen. Informations- und Klagerechte gehören zu den Errungenschaften im Umweltbereich. Auch hier ist noch nicht alles erreicht. Der Zugang zu Information, Teilhabe und Klagerecht muss weiter verbessert werden. Auch das ist ein Weg, die Unterstützung für das europäische Projekt zu stärken.

Im März 2017 können wir auf Erfolge von 60 Jahren Europäischer Integration und 45 Jahren europäischer Umweltpolitik zurückblicken. Mittlerweile gibt es das siebte Umweltaktionsprogramm. Aus den Anfängen im Abfallrecht wurde die Maxime der Kreislaufwirtschaft, die ein Grundprinzip der europäischen Politik werden soll. Die Umwelt- und Klimapolitik gehört zu den positiven Punkten, die von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und unterstützt werden. In Zukunft werden die Zusammenarbeit der Europäerinnen und Europäer, Geschlossenheit und die Mitarbeit der Zivilgesellschaft noch wichtiger. Die EU darf kein Projekt der Eliten, der Politik oder der Bürokratie, sondern muss ein Projekt für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Jo Leinen ist seit 1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament und dort Mitglied in den Ausschüssen für Umwelt, Konstitutionelles und Auswärtige Angelegenheiten. 2004–2009 war er Vorsitzender des Verfassungsausschusses, 2009–2012 Vorsitzender des Umweltausschusses. Seit 2014 leitet er die Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China. 1985–1994 war er Umweltminister im Saarland.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 28 47842,
E-Mail: jo.leinen@
europarl.europa.eu,
www.joleinen.de,
www.europarl.europa.eu



DNR INTERN

Internetpräsenz

DNR-Homepage up to date

■ Am 31. Januar ist die neu gestaltete Website des Umweltdachverbandes Deutscher Naturschutzring (DNR) freigeschaltet worden. Die Seite wurde nach langem Vorlauf komplett überarbeitet. Die BesucherInnen erwarten nun anschauliche Bilder sowie ein einfacheres Navigieren. Durch Anpassung an mobile Endgeräte ist die Website seitdem auch unterwegs bequem erreichbar.

Der Präsident des DNR Kai Niebert lobte den modernen Onlineauftritt: „Die Arbeit hat sich gelohnt! Nachdem uns seit dem Herbst 2016 ein neues Logo begleitet, haben wir nun mit der Website nachgezogen.“ Auf den barrierefreien Seiten präsentiert der Umweltdachverband übersichtlich die Säulen seiner Arbeit, etwa die Koordination der EU-Aktivitäten und die gesellschaftspolitische Koordination. [mbu]

► www.dnr.de

Religionen für biologische Vielfalt

Gemeinsamer Einsatz für den Naturschutz



■ Am 30. Januar hat der Arbeitskreis Religionen und Naturschutz in Mainz seine Arbeit aufgenommen. Dem Arbeitskreis gehören neben Personen von neun Religionen aus dem Alevitentum, Bahaitum, Buddhismus, Christentum, Ezidentum, Hinduismus, Islam, Judentum sowie der Sikh-Religion auch Vertreterinnen und Vertreter des Bundesumweltministeriums, des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und des Naturschutzbunds Deutschland (NABU) an.

Ziel des Arbeitskreises ist die Planung und Koordination gemeinsamer Aktivitäten für den Naturschutz. Im Mittelpunkt

des ersten Treffens stand die „Religiöse Naturschutzwoche“ im September jedes Jahres und der Aufbau Religiöser Teams, die in Schulen das Thema Naturschutz und die Rolle der Religionen in der Naturschutzarbeit behandeln. Im Rahmen des Netzwerks „Religionen und Naturschutz“ wird neben dem Arbeitskreis auch ein Fachbeirat und ein Freundeskreis gebildet.

Das Projekt wird drei Jahre lang durch das BfN und das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gefördert. Die Federführung für das Vorhaben hat seit dem vergangenen November das Abrahamische Forum in Deutschland mit Sitz in Darmstadt.

Auf dem Markt der Möglichkeiten des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Berlin vom 25.–27. Mai wird das Projekt präsentiert. [mbu]

- Abrahamisches Forum in Deutschland, Geschäftsführer Jürgen Miksch, Darmstadt, Tel. +49 (0)6151 / 339971, E-Mail: info@abrahamisches-forum.de, www.abrahamisches-forum.de
- DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDE

Neue Mitglieder

Deutscher Kanuverband (DKV)

■ Der deutsche Kanuverband ist der Dachverband für den Kanusport in Deutschland. Er ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein und besteht aus 18 Landesverbänden, denen wiederum einzelne Vereine oder einzelne Mitglieder angehören. Insgesamt sind es 1.300 Vereine mit über 118.500 Einzelpersonen. Der Kanuverband befasst sich neben Wettkampf- und Freizeitkanusport auch mit umweltpolitischen Themen, die für den Kanusport relevant sind. Gegründet wurde der Verband 1914 in Hamburg. Der Vorstand besteht aus dem sechsköpfigen

Gremium, welches alle Grundsatzentscheidungen fällt. Der Präsident des Verbandes ist Thomas Konietzko.

In der nächsten Ausgabe stellen wir die Naturstiftung David vor. [ch]

- Deutscher Kanuverband, Thomas Konietzko, Duisburg, Tel. +49 / 203 / 99759-0, E-Mail: service@kanu.de, www.kanu.de

Skischaukel am Riedberger Horn

Beschluss nicht rechtens

■ Ein Rechtsgutachten im Auftrag der Alpenschutzkommission CIPRA hat im Januar die Unwirksamkeit des Beschlusses des Obermaiselsteiner Gemeinderats zum Bau der Skischaukel am Riedberger Horn bestätigt. Zum Zeitpunkt, als die Entscheidung für den Bau einer Liftverbindung zwischen Balderschwang und Grasgehren gefällt wurde, war der Gemeinderat offenbar nicht beschlussfähig.

„Fünf der neun Gemeinderatsmitglieder von Obermaiselstein wären beim Beschluss des Teilflächennutzungsplans nicht stimmberechtigt gewesen“, sagte Wolfgang Zängl von der Gesellschaft für ökologische Forschung, die sich seit Langem mit der Causa Riedberger Horn beschäftigt. Diese fünf Personen – Gemeinderäte und Bürgermeister – sind nämlich auch Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft (OHG), welche als Investor für den Skilift tätig werden soll. Damit sei der Gemeinderat von Obermaiselstein in Sachen Skischaukel nicht beschlussfähig gewesen, denn es seien nur vier stimmberechtigte Gemeinderatsmitglieder übrig geblieben. Die fünf Gesellschafter durften nach bayerischem Recht nicht abstimmen.

Die Begründung im Rechtsgutachten: „Ein Beschluss über den Teilflächennutzungsplan ‚Verbindungsbahn Grasgehren-Balderschwang‘ führt zu einem unmittelbaren Vorteil für die potenzielle Betreibergesellschaft. Dieses Auslegungsergebnis ist eindeutig. Wäre eine natürliche Person Investor, wäre diese Person im Gemeinderat von der Mitwirkung nach Art. 49 Abs. 1 Bayerische Gemeindeordnung auszuschließen.“ Die geplante Bergbahn im Allgäu ist hoch

umstritten (umwelt aktuell 11.2016, S. 2). Einer Emnid-Umfrage im Auftrag des Landesbunds für Vogelschutz (LBV) vom Januar zufolge lehnen 80 Prozent der Bayern die Skischaukel ab. 91 Prozent der Befragten sprachen sich für die uneingeschränkte Einhaltung des Alpenplans aus. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/dav-cipra-01.2017
- ▶ www.goef.de/aktuell
- ▶ www.lbv.de/unsere-arbeit/alpen/riedbergerhorn/bayernweite-umfrage-zum-alpenplan

Hobbygewässerretter werden

Neue App macht's möglich

■ Im Rahmen der weltgrößten Wassersportmesse „boot“ in Düsseldorf haben im Januar der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Deutsche Kanu-Verband (DKV), der Deutsche Segel-Verband (DSV) und der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) eine App gegen die Verunreinigung unserer Gewässer präsentiert. Die App funktioniert so, dass beispielsweise Hobbytaucher oder Naturliebhaber den Müll in Gewässern live dokumentieren und wenn möglich diesen direkt entfernen. Die Daten, welche dann online gestellt werden, sind auf einer interaktiven Karte dargestellt. Somit können Reinigungsaktionen einfacher und effektiver organisiert werden. Das funktioniert ebenfalls über die App. Dazu gibt es noch viele praktische Tipps, wie man selbst Müll im Alltag vermeiden kann. Die App ist seit dem 20. Januar im Appstore von Apple und Android verfügbar. [ch]

- ▶ www.gewaesserretter.de

B.A.U.M.-Jahrbuch 2017

Digitalisierung und Nachhaltigkeit

■ Die zunehmende Digitalisierung – auch als vierte industrielle Revolution bezeichnet – verändert die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft radikal. Der Bundesdeut-

sche Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) beleuchtet diesen Prozess in seinem aktuellen Jahrbuch aus einer spezifischen Perspektive: Wo liegen die Chancen, wo die Probleme der Digitalisierung für Nachhaltigkeit? Welche Ansätze für neue, nachhaltige Geschäftsmodelle gibt es? Als Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften geht B.A.U.M. den Fragen nach:

- ▶ Wie kann Digitalisierung zu Ressourcen- und Klimaschutz beitragen?
- ▶ Wie lassen sich neue Geschäftsmodelle umweltschonend und sozial gerecht gestalten?
- ▶ Welchen Beitrag können Netzwerke und Branchenkooperationen zu einer nachhaltigen Gestaltung der Digitalisierung leisten?
- ▶ Wie lassen sich die für die anstehenden Innovationen notwendigen Kompetenzen und das kreative Potenzial in Unternehmen aufbauen?
- ▶ Wie verändert sich die Arbeitswelt und wie können neue nachhaltige, sozial gerechte Beschäftigungsmodelle aussehen?
- ▶ Welcher Rechtsrahmen ist notwendig? Das Jahrbuch bietet darüber hinaus einen Überblick über die Arbeit des Netzwerks, zahlreiche Firmenportraits, die zeigen, wie Unternehmen heute ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, ein vollständiges Verzeichnis aller B.A.U.M.-Mitglieder sowie Adressen weiterer engagierter Organisationen und Dienstleister. [mbu]
- ▶ Zum BAUM-Jahrbuch 2017: www.eco-world.de/scripts/shop.prg?shop=eco-world-buecher&product=479

und Frieden“, das das Forum Umwelt und Entwicklung im Januar veröffentlicht hat, geht es um den weltweiten Trend, dass der Handlungsspielraum für couragierte Partizipation zunehmend eingeschränkt wird. Es gibt klare Forderungen an die Politik, die aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen dringend umgesetzt werden müssen, um die Demokratie, Menschenrechte und eine unabhängige Zivilgesellschaft zu verteidigen.

Dass sich Initiativen, Vereine, soziale Bewegungen, Basisorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger für andere engagieren und in politische Prozesse einbringen können, ist eine wichtige Voraussetzung für gerechte Entwicklung, Umweltschutz, Demokratie und den Schutz der Menschenrechte.

Doch in vielen Ländern sind zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in ihrer Arbeit für Menschenrechte, für zivile Konflikttransformation und Umweltschutz permanent eingeschränkt. Frauenrechtsverteidigerinnen sind zudem oftmals Bedrohungen ausgesetzt und erfahren spezifische Formen von Unterdrückung bis hin zu sexueller Gewalt. Das setzt die zivilgesellschaftliche Beteiligung und fundamentalen Menschenrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in diesen Ländern immer mehr aufs Spiel.

Das Diskussionspapier ist ein Appell an alle angesprochenen Ministerien, diesem negativen Trend entgegenzutreten und ihren Einfluss für offene Gesellschaften, Demokratie, Menschenrechte und eine unabhängige und lebendige Zivilgesellschaft geltend zu machen. [mbu]

- ▶ Diskussionspapier Forum Umwelt und Entwicklung: www.kurzlink.de/fue-engage-01.2017

EHRENAMT

Zivilgesellschaft

Engagement in Gefahr

■ In dem Diskussionspapier „Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr: Für gerechte Entwicklung, Umweltschutz, Demokratie, Menschenrechte

Beteiligung

Engagierter Thinktank

■ Bis Mitte Februar haben Interessierte Vorschläge und Kommentare in die Konzeption des Thinktanks für Partizipation einbringen können, der Anfang März (nach Redaktionsschluss) online ging. Die Initiati-

ve für die Gründung eines solchen bundesweiten Thinktanks entstand Ende vergangenen Jahres und geht auf eine Idee des Vorsitzenden der Deutschen Umweltstiftung Jörg Sommer zurück. Zahlreiche Überlegungen für inhaltliche Schwerpunkte, Projekte und Arbeitsbereiche flossen seitdem auf dem Beteiligungsblog BBLOG ein.

Ein Beispiel dafür ist der Vorschlag von Meike Schweisfurth zur Förderung der Beteiligung junger Menschen. Sie schreibt: „Demokratie muss man lernen. Hier bekleckert sich unser Bildungssystem bislang nicht gerade mit Ruhm. Junge Menschen lernen viel unnützes Wissen, haben aber kaum Chancen, sich in demokratischer Teilhabe zu üben. Das ist nicht nur ein Thema für außerschulische Angebote, sondern auch eine Aufgabe der Institution Schule. Hier könnte ein Thinktank wichtige Impulse geben und erforschen, wie Beteiligung zu einem festen Bestandteil unserer Bildungskultur werden kann.“

Der Klimaforscher Mojib Latif schlug vor, Politik und Bürgerbeteiligung in Einklang zu bringen. Ein Thinktank für Partizipation sollte die Vereinbarkeit und Machbarkeit von Beteiligungsverfahren, die oft sehr zeitaufwendig sind, mit politischen Entscheidern diskutieren und sicherstellen, dass Bürgerbeteiligung trotzdem stattfinden kann. [mbu]

► www.bbblog.de/thinktank/

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Bundespreis für Ökolandbau

Drei Preisträger aus DNR-Mitgliedsverbänden

■ Zwei Betriebe des Erzeugerverbandes Bioland und eine Naturland-Bewerbergemeinschaft haben Ende Januar im Rahmen des Tags des Ökolandbaus auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin die wichtigste Auszeichnung der Biolandwirtschaft erhalten: den Bundespreis Ökologischer Landbau. Die Biolandgärtnerei Watzkendorf in Mecklenburg-Vorpommern und der Biolandbetrieb Schwab im Raum Würzburg überzeugten die Jury vor allem durch ihr gesamtbetriebliches Konzept und ihre innovative Vermarktung. Den dritten Preis erhielt die Bergewirtschaft Naturlandbetriebe Vogt, Henninger und Neder in der Rhön für ihre erfolgreiche Arbeit in der ökologischen Pflanzenzüchtung und Saatgutvermehrung.

„Entscheidend für die Landwirtschaft der Zukunft sind Betriebe, die auf der Grundlage existenzieller Prinzipien, wie zum Beispiel Bodenfruchtbarkeit ihre Betriebssysteme permanent weiterentwickeln. Die beiden ausgezeichneten Bio-

landbetriebe zeigen, wie mit der Umsetzung der sieben Biolandprinzipien in der Praxis unsere Lebensgrundlagen bewahrt und gleichzeitig wirtschaftliche Perspektiven für regional engagierte Betriebe geschaffen werden können“, sagte Jan Plagge, Präsident von Bioland.

„Mit dem Preis wird unser langjähriges Engagement für die Züchtung von Wintererbsen zum speziellen Einsatz im ökologischen Landbau gewürdigt, darüber freuen wir uns sehr“, äußerte Projektkoordinator und Naturland-Fachberater Werner Vogt-Kaute stellvertretend für die drei Gewinnerbetriebe Henninger, Neder und Vogt aus Unterfranken.

Die Gewinner erhalten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 7.500 Euro. Seit 2001 ehrt das Bundeslandwirtschaftsministerium jedes Jahr drei Betriebe oder Betriebskooperationen, die neuartige Ideen erfolgreich in die Tat umgesetzt haben und damit andere Betriebe aus der ökologischen und konventionellen Landwirtschaft zum Nachmachen animieren. Der Bundeswettbewerb wird organisiert und ausgerichtet von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). [mbu]

- www.oekolandbau.de/erzeuger/bundeswettbewerb
- www.bioland.de
- www.naturland.de

Nachhaltigkeit

A-Z



➔

G wie Gerechtigkeit

Wenn wir heute im Supermarkt Kaffee oder Bananen einkaufen, möchten wir nicht nur beste Qualität bekommen, sondern auch zum Wohl von Erzeugern und Umwelt beitragen. Kommerzielle Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards geben an, dies zu garantieren. Doch wer legt diese fest und wer kontrolliert sie? Und was ist mit Kleinerzeugern überall auf der Welt, denen es schwer fällt, den gesetzten Auflagen nachzukommen? Private Standards müssen in einen staatlichen Rahmen gesetzt werden, um gerechte internationale Agrarbeziehungen zu etablieren.

R. Buntzel, F. Mari; Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (Hrsg.)
Gutes Essen – arme Erzeuger
Wie die Agrarwirtschaft mit Standards die Nahrungsmärkte beherrscht
380 Seiten, broschiiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-797-6
Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

TERMINE

MÄRZ

10.–12.03., Wuppertal (D)

21. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress BUVKO

► Umkehr e.V. –

Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4927473, E-Mail: info@buvko, www.buvko.de

14.03., Bonn (D)

10. DStGB-Klimaschutzkonferenz: Kommunen aktiv für den Klimaschutz

► Deutscher Städte- und Gemeindebund; Anmeldung bei Congress und Presse, Tel. +49 (0)228 / 34-7498, Fax -9815, E-Mail: schuetz@ccongressundpresse.de, www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen

14.–15.03., Berlin (D)

Waldklimafonds-Kongress

► Bundeslandwirtschafts- und Bundesumweltministerium, Anmeldung bis 3. März, www.waldklimafonds.de/index.php?id=225

17.03., Hannover (D)

Natur, Gesundheit und Sport: eine Konstellation mit Potenzial

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA)/ Akademie des Sports im Landessportbund Niedersachsen, Susanne Eilers, Tel. +49 (0)5198 / 989082, E-Mail: susanne.eilers@nna.niedersachsen.de, www.nna-niedersachsen.de (Veranstaltungen)

23.03., Berlin (D)

Dialogforum 2017: Sport – Impulsgeber für eine nachhaltige Gesellschaft

► Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt, BMUB-Beirat Umwelt und Sport, E-Mail: kontakt@impulsgebersport2017.de, www.kurzlink.de/impulsgebersport2017

24.–25.03., Kassel (D)

TTIP unfairhandelbar. Strategie- und Aktionskonferenz

► Forum Umwelt & Entwicklung, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177593, E-Mail: info@ttip-aktionskonferenz.de, www.ttip-aktionskonferenz.de

28.–29.03., Flensburg (D)

Transformationen. Zum Wandel gesellschaftlicher

Naturverhältnisse. Tagung

► Universität Flensburg/Evangelische Akademie der Nordkirche, Tel. +49 (0)461 / 80502, E-Mail: transformationen@uni-flensburg.de, www.uni-flensburg.de/nec/tagung

30.03.–02.04., Stuttgart (D)

New Narratives: Ökonomien anders denken

► Württembergischer Kunstverein, Rosa Luxemburg Stiftung, Regionalbüro Baden-Württemberg, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 99797090, E-Mail: erhardt@wkv-stuttgart.de, www.wkv-stuttgart.de/programm/2017/veranstaltungen/new-narratives/

31.03.–02.04., Ammersbek (D)

Jenseits der Infotische – Kreative politisches Aktionsformen. Seminar

► Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst Bildungsstelle Nord, Ammersbek, Tel. +49 (0)40 / 605259, E-Mail: bildungsstelle-nord@brot-fuer-die-welt.de, www.kurzlink.de/kreative-aktion2017

APRIL

21.–22.04., Wittenberg (D)

Nachhaltige Landwirtschaft und zur Zukunft tierischer Nahrungsmittel. Fachtagung

► Evangelische Akademie Wittenberg, Siegrun Höhne, Tel. +49 (0)3491 / 4988-33, E-Mail: hoehne@ev-akademie-wittenberg.de, www.ev-akademie-wittenberg.de/veranstaltung/vegane-landwirtschaft

21.–23.04., Köln (D)

Kindergruppen in der Natur – organisieren, betreuen und anleiten

► BUND, Kreisgruppe Köln, Geschäftsstelle, E-Mail: buero@bund-koeln.de, Anmeldeschluss: 12. April 2016, www.kurzlink.de/kindergruppenseminar

24.–25.04., Berlin (D)

Making the Planetary Boundaries Concept Work

► Bundesumweltministerium/Umweltbundesamt/ Deutsche Bundesstiftung Umwelt, adelphi, Berlin, E-Mail: info@pb-conference2017.de, www.pb-conference2017.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell März 2017

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hnh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggen [es], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Max Ferber [mf], Cedric Hörder [ch], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), Foto S. 25 © Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Marco Urban, **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circooffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Janine Gaumer, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

